4.Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

13. Dezember 1955

397/J

Anfrage

der Abg. Dr. G r e d l e r, H e r z e l e und Genossen an den Bundesminister für Justiz, betreffend die Vorfälle bei Gräf & Stift.

Die in der Öffentlichkeit lebhaft diskutierten Vorgänge bei der Firma Gräf & Stift, nämlich die gröbliche Verletzung der Arbeitsfreiheit, sind bis zum heutigen Tage noch nicht bereinigt. Es kann kein Zweifel bestehen, daß es sich um eine eklatante Verletzung des Gesetzes zum Schutze der Arbeits- und Versammlungsfreiheit handelt. Die Tatsache, daß die widerrechtlich Entlassenen bis zum heutigen Tage noch immer nicht ihre Arbeit aufnehmen konnten, bedeutet eine Wiederholung des Tatbestandes und müsste alle zum Schutze der Arbeits- und Versammlungsfreiheit berufenen Behörden zum schärferen Eingreifen verpflichten. Mit umso größerer Verwunderung müssen die unterzeichneten Abgewordneten die Zeitungsmeldungen vom heutigen Tage zur Kenntnis nehmen, aus denen hervorgeht, daß die Betroffenen noch immer nicht zu ihrem Recht gekommen sind, geschweige denn die Schuldigen zur Verantwortung gezogen wurden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

Anfragu:

Ist der Herr Bundesminister bereit, energisch dafür zu sorgen, daß bei der Firma Gräf & Stift dem Gesetze zum Schutzeder Arbeits- und Versammlungsfreiheit zum Durchbruch verholfen wird, und ist er weiter bereit, die Gründe darzulegen, die das bisher verhindert haben ?